

Öffnung der Uni ist umstritten

Der Rektor der Uni Zürich will Abschlüsse auch ohne Matura ermöglichen. Das sei denkbar, sagt Bildungsdirektorin Silvia Steiner. Doch Bund und Professoren sind skeptisch.

René Donzé

Geht es nach dem Zürcher Universitäts-Rektor Michael Schaeppman, sollen künftig auch Personen ohne Matura in den Uni-Hörsälen sitzen, Prüfungen absolvieren und Zertifikate erhalten können. «Wir bieten Tausende Vorlesungen an. Wieso kann man diese nicht für alle öffnen?», sagte er am letzten Sonntag im Interview mit dieser Zeitung. «Meine Idee ist es, dass man sein eigenes Weiterbildungspaket zusammenstellen kann, zugeschnitten auf die persönlich fehlenden Kompetenzen», erklärt er.

Wie er auf Nachfrage präzisiert, schwebt ihm eine digitale Plattform vor, auf der jeder das Lehrangebot der Universität durchsuchen und daraus auswählen kann. «Es geht um die flexible und personalisierte Wahl eines Vorlesungsangebots», sagt Schaeppman. Das wäre ein Paradigmawechsel: Heute gibt es universitäre Abschlüsse in der Regel nur für Personen mit Matura. Ausnahmen bilden gewisse massgeschneiderte Weiterbildungen. Schaeppman lanciert damit eine Diskussion über die Rolle der Universitäten und den Wert der Matura als Eintrittsticket.

Und er stösst bei der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner auf offene Ohren: «Ich begrüsse eine weitere Öffnung der Universität für die breite Bevölkerung», sagt sie. «Es ist sinnvoll, wenn möglichst viele vom Wissen und der Kompetenz der Forschenden und Dozierenden profitieren können. Schliesslich wird die Universität ja auch durch die Steuererlöse von allen mitfinanziert.» Ihr Sukkurs ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil sie den

Universitätsrat präsidiert, der für die strategische Ausrichtung der Uni Zürich zuständig ist.

«Eine Zulassung zu einzelnen Vorlesungen mit entsprechenden Zertifikaten auch ohne Matura ist denkbar», sagt Steiner. Sie schränkt aber ein: «Für die klassische universitäre Ausbildung hingegen ist die Matura von Gesetzes wegen Voraussetzung.» Dieser Kernauftrag und die Forschung dürfe durch die Öffnung nicht beeinträchtigt werden. Und die Angebote müssten «marktkonform und kostendeckend» sein.

Eine radikale Öffnung der Universitäten dürfte umstritten sein. Private Institutionen und öffentliche Hochschulen buhlen heute schon um Weiterbildungswillige. Für Fachhochschulen und höhere Fachschulen sind sie eine wichtige Geldquelle. Entsprechend skeptisch steht der Bund der Idee neuer Abschlussformate für Personen ohne Hochschulreife gegenüber: Grundsätzlich sei für Weiterbildungen im Hochschulbereich ein Hochschulabschluss notwendig, schreibt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation auf Anfrage. «Für Personen ohne Hochschulabschluss steht die höhere Berufsbildung zur Verfügung.»

Auch innerhalb der Professorenschaft an der Universität sorgt die Idee des Rektors für Irritationen. «Wir sollten nicht über den Zaun fressen», sagt ein Professor und meint damit die Aufgabenteilung zwischen Unis und Fachhochschulen. Zudem würde eine Öffnung zu erheblichem Mehraufwand für die Dozierenden führen. «Die Universität braucht sicher keinen zusätzlichen Leistungsauftrag», sagt er.

Wohlwollend beobachtet wird der Prozess in Zürich hingegen von Yves Flückiger, dem Präsidenten der Schweizer Hochschul-Rektorenkonferenz Swissuniversities. Er unterstütze Bestrebungen für offene, integrative Hochschulen, sagt er. Auf europäischer Ebene werde derzeit über sogenannte Micro-Credentials diskutiert. Das sind Zertifikate für kurze Lerneinheiten, die allen zugänglich sind. «Diese sind auch Gegenstand von Gesprächen bei Swissuniversities», sagt der Genfer Rektor Flückiger.

In Zürich will Michael Schaeppman schrittweise vorgehen: «Im Moment ist die Idee, ein Pilotprojekt zu starten, welches vorerst die Matur noch voraussetzt.» Erst wenn die Idee intern begrüsst werde und sich als tragfähig erweise, würde sie in die Strategie der Uni einfließen. Am Ende müsste auch das Universitätsgesetz angepasst werden.



Uni-Rektor Michael Schaeppman.

Bürgerrecht: Neuer Anlauf für das «ius soli» in der Schweiz

Paul Rechsteiner möchte die Einbürgerungspolitik umkrempeln: Wer in der Schweiz geboren wurde, soll automatisch Schweizer sein.

Daniel Friedli

Schon vor 100 Jahren hatte es der Bundesrat einmal vorgeschlagen. Nun nimmt der St. Galler SP-Ständerat Paul Rechsteiner einen neuen Anlauf. Er will in der Schweiz das sogenannte «ius soli» einführen, wie es etwa die USA oder Kanada kennen. Demnach würden alle, die in der Schweiz geboren wurden, automatisch das Recht auf die Schweizer Staatsbürgerschaft und damit den Schweizer Pass erhalten.

Rechsteiner begründet seinen Vorstoss in dieser Sache damit, dass das Bürgerrecht in der Schweiz immer noch zu restriktiv geregelt sei. Er weist darauf hin, dass trotz den Revisionen der letzten Jahre die Zahl der Einbürgerungen seit einiger Zeit wieder sinke. Insgesamt lebe mehr als ein Viertel der Bevölkerung ohne Schweizer Pass im Land, darunter viele, die hier geboren und aufgewachsen seien.

Der letzte Versuch zur Einführung des «ius soli» scheiterte indes 2004 an der Urne. Damals verwarfen Volk und Stände eine Vorlage, die das Geburtsortprinzip zumindest jungen Ausländern der dritten Generation zugestehen wollte.



In Ackerbaugeländen ist die Belastung des Grundwassers mit Nitrat besonders hoch: Traktor auf Salatfeld. (Birmenstorf, 17. September 2019)

Bund weist im Grundwasser vermehrt Schadstoffe nach

Neue Zahlen des Bundes deuten auf eine Zunahme von Nitrat im Grundwasser hin. Das spielt der Trinkwasserinitiative in die Hände

Stefan Bühler

Welche Landwirtschaft wollen wir? Über diese Frage wird gerade heftig gestritten: im Parlament, wo verschiedene agrarpolitische Vorlagen anstehen. Und bis im Juni, wenn wir über die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative abstimmen werden, auch in der Bevölkerung. Im Kern dreht sich die Debatte darum, ob in der Landwirtschaft die Produktion von Milch, Fleisch, Gemüse und Getreide im Vordergrund steht, dies auch unter Einsatz von Düngern und synthetischen Pestiziden. Oder ob die vom Staat stark subventionierten Bauern ihre Betriebe ökologischer ausrichten sollen, möglichst ohne künstliche Pflanzenschutzmittel, Futtermittel und mit reduziertem Düngereinsatz – so wie das die beiden Initiativen fordern. Sie haben namentlich den Schutz des Grund- und Trinkwassers zum Ziel.

Just in dieser Situation hat das Bundesamt für Umwelt (Bafu) vor wenigen Tagen neue Zahlen zu Nitrat im Grundwasser publiziert. Dieses stammt oft aus stickstoffhaltigen Kunstdüngern sowie Mist und Gülle, die das Pflanzenwachstum fördern sollen. Wird zu viel davon ausgebracht, können die Pflanzen das Nitrat nicht vollumfänglich aufnehmen. Der Überschuss sickert früher oder später ins Grund- und folglich ins Trinkwasser. Das ist unerwünscht, denn wie Pestizide gilt auch Nitrat als gesundheitsgefährdend; vor drei Jahren sorgte eine Studie aus Dänemark für Schlagzeilen, die auf ein höheres Darmkrebsrisiko hinwies.

Grosse Schwankungen

Schon länger gilt auch wegen solcher Risiken in der Schweiz im Grundwasser ein Grenzwert von 25 Milligramm Nitrat pro Liter. Um das zu kontrollieren, misst der Bund an 545 Stellen im ganzen Land die Grundwasserqualität. Von diesen Messungen liegen nun neue Daten vor: Demnach

wurden im Jahr 2019 bei 13,9 Prozent aller Messstellen die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten. Im Jahr zuvor lagen die Werte bei 12,8 Prozent der Messstellen über der gesetzlichen Limite. Und 2017 waren laut Bund 11,5 Prozent der Messstellen im Grundwasser in «unbefriedigendem Zustand». Besonders betroffen von der Zunahme ist das Mittelland: Hier lagen die Werte 2019 bei fast 30 Prozent der Messstellen über dem Grenzwert, im Jahr 2017 waren in dieser Region noch 25 Prozent der Messstellen in ungenügendem Zustand.

Das Bafu kommentiert die neuen Zahlen zurückhaltend: Der Nitratgehalt im Grundwasser sei grossen Schwankungen unterworfen, teilt es auf Anfrage mit. Das bestätigt ein Blick auf die Statistik, so war vor rund zehn Jahren die Zahl der ungenügenden Messstellen auch schon höher als jetzt. Fachleute weisen zudem darauf hin, dass das Wetter eine grosse Rolle spielt. Je nach Zeitpunkt und Intensität der Regen-

fälle werde mehr oder weniger Nitrat ausgeschwemmt: In regenarmen Jahren gelangt weniger Schadstoff ins Grundwasser. Da das Nitrat in Trockenzeiten aber nicht einfach verschwindet, sind später höhere Werte zu beobachten. Ob die «aktuell sichtbare, leicht steigende Tendenz» anhalte, zeige sich erst in den folgenden Jahren, schreibt das Bafu.

Trotz allen Schwankungen ist unbestritten, dass die Belastung mit Nitrat seit 20 Jahren nicht mehr sinkt und vielerorts anhaltend zu hoch ist. Zahlreiche Grundwasserfassungen wurden deswegen schon geschlossen. Wegen Pestizid- und Nitratbelastung müssen zudem manche Versorger weniger belastetes Wasser beimeschen, um die Trinkwasserverordnung einhalten zu können. Besonders betroffen sind Grundwasservorkommen im Ackerland.

Für die Kritiker der konventionellen Landwirtschaft ist der Fall klar: «Wir müssen unsere Betriebe auf eine standortgemässe Landwirtschaft umstellen», sagt

Andreas Bosshard vom Verein Vision Landwirtschaft. Das bedeute eine Minimierung des Kunstdüngereinsatzes und eine Reduktion des Tierbestands: «Es sollten nur so viele Tiere auf einem Betrieb gehalten werden, wie dessen Boden ernähren kann.» In diese Kerbe haut auch Kilian Baumann, Landwirt und Nationalrat der Grünen. «Mit dem Import von Tausenden Tonnen Kraftfutter, die später als Gülle und Mist zurückbleiben, führen wir grosse Mengen Nährstoffe zu, die etwa in Form von Nitrat, Phosphor und Ammoniak unsere Umwelt belasten.» Beide verweisen auf die Trinkwasserinitiative, die indirekt eine Begrenzung des Tierbestands fordere und damit massgeblich zur Reduktion des Problems beitragen könne.

Bauernverband kontert

Dies bestreitet David Brugger: «Die Trinkwasserinitiative bringt bezüglich Nitrat und Nährstoffbilanz gar nichts», sagt der Leiter Pflanzenbau beim Bauernverband. Denn Mineräldünger wäre nach wie vor erlaubt, auch Gülle und Mist könnten weiter zugeführt und ausgebracht werden, selbst auf Betrieben ohne eigene Tiere. «Wir müssen auf den einzelnen Betrieben durch verbesserten Einsatz von Hof- und Mineräldünger die Verluste reduzieren und die Nährstoffeffizienz steigern», sagt Brugger. Deshalb unterstütze der Bauernverband einen Vorstoss des Parlaments, der Massnahmen zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffüberschüssen vorsehe, einen sogenannten Absenckpfad. Dieser Vorstoss gilt als Alternative zu den Agrarinitiativen, die Bürgerlichen, Bundesrat und Bauernverband zu weit gehen. Wie stark die Nährstoffbilanz mit dem Absenckpfad reduziert werden soll, steht freilich noch nicht fest.

Kritiker zweifeln darum daran, dass es der Agrarlobby ernst ist, ihre Produktion mit Rücksicht auf die Umwelt spürbar zu drosseln.

Pestizidinitiative

Ärzte appellieren an Parmelin und Berset

Am 13. Juni kommen die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und die Trinkwasserinitiative vors Volk. Die Initianten der Pestizidinitiative und ihre Gegner lancieren bereits jetzt den Abstimmungskampf. So appellieren rund 350 Personen aus dem Gesundheitsbereich, darunter über 220 Ärztinnen und Ärzte, in einem offenen Brief an Bundespräsident und Landwirtschaftsminister Guy Parmelin sowie Gesundheitsminister Alain Berset, entschiedener gegen den Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel vorzugehen. Es sei «wissenschaftlich erwiesen, dass synthetische Pestizidrück-

stände in unserer Nahrung und Umwelt allgegenwärtig sind. Der Bund müsse seiner Verantwortung nachkommen und den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Zu den Unterzeichnern gehört auch der Schweizer Nobelpreisträger für Chemie, Jacques Dubochet. Angeführt vom Bauernverband hat auch das Gegenkomitee schon seine Kampagne lanciert. Es befürchtet unter anderem weniger einheimische Produktion, höhere Lebensmittelpreise und mehr Food-Waste. Beide Initiativen würden bereits erzielte Fortschritte zu mehr Ökologie in der Landwirtschaft infrage stellen. (sbü.)